

Herrn
Ingo Scharmacher



STADT COTTBUS
CHÓŚEBUZ

DER OBERBÜRGERMEISTER
WUŚY ŠOŁTA

Datum 31.05.2018

Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 30.05.2018

Sehr geehrter Herr Scharmacher,

auf Ihre Frage,

Im Jahr 2010 entschied der Vattenfall Konzern, nicht mehr in die Braunkohle zu investieren. Im Jahr 2014 prüfte der Vattenfall Konzern den Ausstieg aus der Braunkohle.

Welche Konsequenzen wurden zu diesem Zeitpunkt durch die politisch Verantwortlichen in Cottbus gezogen, um dem absehbaren Abbau eines gesamten Wirtschaftszweiges mit entsprechend tarifgebundenen Arbeitsplätzen abzufedern?

möchte ich Ihnen wie folgt antworten.

Neben der Pilotanlage in Schwarze Pumpe beabsichtigte der Vattenfall Konzern Anfang 2010 in Jänschwalde für 1,5 Milliarden Euro ein CCS-Demonstrations-Kraftwerk zu errichten. Die EU-Kommission hatte hierfür eine 180 Millionen EURO Förderung zugesichert. Das Land Brandenburg sah eine besondere Verantwortung für die Klima schonende Nutzung von Braunkohle und begrüßte die Entscheidung aus Brüssel. Im Bundesrat wurde Brandenburg jedoch mit seinen Bemühungen um eine zukunftsfähige Braunkohleverstromung allein gelassen.

Am 23. September 2011 scheiterte ein CCS-Gesetz im Bundesrat. Ohne ein CCS-Gesetz konnte der Energiekonzern Vattenfall jedoch seine Pläne nicht umsetzen.

Es ist richtig, dass mit der offiziellen Bekanntmachung Ende 2014 durch Vattenfall, die Sparten Mining und Generation verkaufen zu wollen, der Strukturwandel im Zuge des Kohleausstiegs schneller als erwartet in den Fokus der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene rückte.

Mit dem Verkauf an die LEAG im Oktober 2016 konnten zunächst die ca. 8000 Beschäftigten des ehemaligen Vattenfall Konzerns durch den neuen Eigentümer übernommen werden.

Erst mit den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung zum Kohleausstieg zur Erreichung der Klimaschutzziele (Klimaschutzplan 2050) erga-

Geschäftsbereich/Fachbereich

Zeichen Ihres Schreibens

Sprechzeiten

Ansprechpartner/-in

Zimmer

Mein Zeichen

Telefon
0355 – 612/2005

Fax
0355

E-Mail
oberbuergermeister@cottbus.de

Stadtverwaltung Cottbus
Neumarkt 5
03046 Cottbus

Konto der Stadtkasse
Sparkasse Spree-Neiße
Inlandszahlungsverkehr
Kto.Nr.: 330 200 00 21
BLZ: 180 500 00

Auslandsverkehr
IBAN:
DE06 1805 0000 3302 0000 21
BIC: WELADED1CBN

www.cottbus.de

ben sich konkrete Szenarien zur Stilllegung von Braunkohlekraftwerken und der damit verbundenen Braunkohleförderung.

Bereits im Dezember 2014, kurz nach meiner Ernennung zum Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, forcierte ich die Anstrengungen zur aktiven Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Sachsen zur gemeinsamen Gestaltung des Strukturwandels.

Frühzeitig formierte sich in Cottbus, ja der gesamten Lausitz, ein breites Aktionsbündnis gegen einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle und dem damit verbundenen Wegfall von ca. 30.000 Arbeitsplätzen (direkt und indirekt). Zu nennen wären hier die Wirtschaftsinitiative Lausitz (WIL), die Innovationsregion Lausitz und die auf kommunaler Ebene initiierte „Lausitzrunde“ (zu der auch die Stadt Cottbus gehört).

Da die gesamte, vom Strukturwandel betroffene Region, auf brandenburgischer und sächsischer Seite gemeinschaftlich agieren muss um erfolgreich zu sein, habe ich mich bereits 2015, parallel zu den Aktivitäten der beiden Landesregierungen, mit sächsischen Kommunalpolitikern und Vertretern der sächsischen Staatsregierung vernetzt.

Unsere Forderungen, auch in Form eines offenen Briefes an alle Bundestagsabgeordneten, zur Unterstützung der Region bei der Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben des Strukturwandels sind in den Bundestagswahlkampf eingeflossen und spielten eine wichtige Rolle in den Koalitionsverhandlungen.

Die Erweiterung der Energieregion Lausitz GmbH um den Landkreis Görlitz (und ggf. den LK Bautzen) und die Bildung der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) wurde ein wichtiger Schritt zur Bündelung der Kräfte der Region vollzogen.

Die Sächsische Staatsregierung und die Landesregierung Brandenburg haben sich durch Unterzeichnung eines Grundsatzpapiers „Gemeinsam für die Zukunft der Industrieregion Lausitz“ zur Zusammenarbeit mit der WRL und dazu, diese finanziell zu unterstützen, erklärt.

Mittels des Zuwendungsbescheides aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaft“ über 7 Mio. EUR für die „Zukunftswerkstatt Lausitz“ werden wir die strukturellen Rahmenbedingungen in der Lausitz länderübergreifend gestalten, nachhaltige Veränderungen anzustoßen, die Wahrnehmung der Region als eine Wirtschafts- und Tourismusregion verbessern sowie die wirtschaftliche Diversifizierung voranzubringen.

Nach der Auftaktveranstaltung im März 2018 sind wir dabei, den Leitbildprozess mit allen Akteuren der Lausitz zu starten und mit Leben zu erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Kelch